

Fr. Beilage und Beilage sind zu diesem
Preis zu bezahlen. Der Preis ist
90,- für den 2.70,- für vierzehntäglich. Bei
einem Blatt zu 100 Seiten abholbar:
15,- für den 2.25,- für vierzehntäglich.

Durch die Post:
Innerhalb Deutschland und der deutschen
Reichsteile 8,- für den 1.20,- für vierzehntäglich. Rerner
in Belgien, Luxemburg, den Niederlanden,
Italien, Frankreich, Schweiz, Spanien, Portugal,
Schweden, Griechenland, Russland,
anderen Staaten vor dem Durchgang
Gebührenfrei bei Postamt erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich
am 7. und 24. nach jeder Ausgabe.

Überseeische Redaktion: Magdeburg 8,-
bei anderen Trägern, Filialen, Spezialposten
und Dienststellen sowie Schifffahrt und
Postkonsulat.

Die einzige Nummer kostet 10.-
Rechtsanwalte und Geschäftsführer
Sachverständige 8,-
Abonnement: 14.000,- 14.000,- 14.000,-

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Rr. 175.

Sonnabend 26. Juni 1909.

Anzeigen-Preis

Die Anzeigen auf Seite 25 und Umgebung
die Einzelne Zeitungs 25,- für vierzehntäglich
Anzeige 30,- für vierzehntäglich;
der aufdruck 30,- für vierzehntäglich 1.20,-
dem Blatt 30,- für vierzehntäglich 1.50,-
für vierzehntäglich 1.50,-

Der Inserat, welche im sechsten Teil 40,-
Beliebiges 5,- für das Zentrum, d. d. Reichs-
partei, d. d. Nationalliberalen, d. d. Konservativen
oder im Preis erhältlich. Inlands nach dem
Deutschen Reichsteile können nicht ver-
öffentlicht werden. Nur das Reichsamt kann
berechtigte Tages- und Blätter nach dem
Gesetz übernommen.

Überseeische Redaktion: Magdeburg 8,-
bei anderen Trägern, Filialen, Spezialposten
und Dienststellen des In- und Auslands.

Gesetzliche Werbung:
Carl Fischer, Leipzig, Dr. Gottschalk,
Braunschweig, Wiesbaden 10,-
(Telefon VI, Nr. 4003);
Gesetzliche Werbung:
Gotha 4, 1 (Telefon 4021).

103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der Reichstag hat am Freitag die Reichsstempelsteuer (Umsatzsteuer für Immobilien) mit 174 gegen 151 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Weiter nahm er die Erhöhung des Kaffeegolds auf 80 bzw. 80,- mit 187 gegen 164 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen an. Die Erhöhung des Teezolls von 25,- auf 100,- sowie die Belohnungssteuer wurden endlich in einfacher Abstimmung gleichfalls angenommen (S. Reichstagsbericht).

* In der Finanzkommission wurde am Freitag der Reichsstempel angenommen, der Stempel auf Bewertungssteuer abgelehnt. (S. d. bei Art.)

* Der Kanzler ist zum Vortrag beim Kaiser nach Kiel eingereist. (S. d. bei Art.)

* Der geschäftsführende Ausschuss des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei hat beschlossen, einen allgemeinen Vertreter des Partei zum Sonntag, den 4. Juli, nach Berlin einzuberufen.

* Im Reichstag hat Abg. Bassermann für die Nationalliberalen und Abg. Dr. Wiemer für die Freisinnigen erklärt, daß sie sich zwar bemühen würden, an den ferneren Teilen der Finanzreform Verhinderungen anzubringen, doch sie bei den entscheidenden Abstimmungen gegen diese Entwürfe stimmen würden. (S. Reichstagsbericht.)

* Wie bestimmt aus Wien verlautet, tritt Andrassy in den nächsten Tagen aus dem politischen Leben zurück. Viele will seinem Beispiel folgen. (S. Ausl.)

* Wie aus Rom gemeldet wird, wurden vorgestern nach nicht weniger als 15 Erdstößen im süditalienischen Erdbebenzentrum verstört, die von gewaltigem unterirdischen Geiste begleitet waren. Auch in Reggio erfolgte ein starker Erdstoß. Die Bevölkerung verbrachte die Nacht im Freien.

* In Meschede (Westfalen) fand vorgestern ein heftiger Straßenkampf zwischen den russischen Kosaken und Revolutionären statt. (S. Rechte Rep.)

Redende Botschafter.

Es gab eine Zeit, in welcher die deutschen Vertreter im Auslande es für ihre Pflicht hielten, sich öffentlich zu sprechen. Die Reden, die sie bei solchen Anlässen vom Stapel ließen, galten meist der Persönlichkeit des Kaisers, und sie erregten dabei durch die nicht immer geschickten Ausführungen, in denen sie dem Monarchen huldigten, eine allgemeine und sehr unruhige Miethaltung. Seit einiger Zeit — wir brauchen das Datum des Umschlages nicht zu bezeichnen — haben wir uns über solchen Überdruss nicht mehr zu beklagen, und in den auswärtigen Missionen ist es wie im ganzen Deutschen Reich erfreutlich still geworden. Nur einer unserer Geschäftsträger macht eine Ausnahme: es ist dies der Graf Bernstorff, der in Washington offiziell ist. Allerdings spricht er nicht, wie dies früher der Brauch war, über die Talente und Verdienste des Deutschen Kaisers, sondern er äußert sich über die verschiedenen Fragen und ist höchst bemüht, die öffentliche Meinung Amerikas anzuspielen und zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Selbstverständlich soll also an seiner guten Absicht nicht im mindesten gezweifelt werden; wir wollen vielmehr nur die Frage aufrütteln, ob die politische Taktik, die er eingeschlagen hat, in Amerika wirklich opportun ist.

Natürlich ist der Botschafter nicht verpflichtet, sich in steifer Egli-
swelt von dem mächtig pulsierenden Leben der Vereinigten Staaten fernzuhalten. Mit einer solchen Methode wäre uns jenseits des großen Teides am allerwenigsten geboten. Fürst Bülow hat einmal gesagt, daß sich der Diplomat den Lebensbedingungen des Volkes und Landes anpassen müsse, zu welchem er abgesetzt sei, und Graf Bernstorff macht augenscheinlich in aller Redlichkeit diesen Versuch. Er weiß, daß er in einer Demokratie lebt, und bemüht sich deshalb, mit der öffentlichen Meinung unmittelbare Fühlung zu gewinnen. An sich ist dies natürlich; indessen glauben wir, daß der Botschafter des Guten zu viel tut und daß er die amerikanische Volksseele verletzt. Er spricht allzuoft und es kann nicht ausbleiben, daß seine Neuerungen Widerbruch her-
vorruhen und Anstoß erregen. Vor kurzem ist es ihm begegnet, daß der Redner, der nach ihm sprach, ihn überaus scharf opponierte, und leiderlich sich nicht sagen, daß diese Opposition grundlos gewesen wäre. Der Graf hatte sich zwischen Birne und Äpfel auf das Thema der handels-
politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eingelassen, und da war es natürlich, daß auch die amerikanische Auf-
fassung zu Worte kam. Indessen solche kleinen Kollisionen haben schließlich nicht allzuviel zu bedeuten; man ist darüber nicht so empfindlich, wie wir es in Europa sind, und alle Politiker haben sich die Abneigungsbaukt angeschafft, die Fürst Bülow für ein unerlässliches Erfordernis der öffentlichen Wirksamkeit hält. Wichtiger ist es, daß die Haltung des Botschafters auf einem physischen Iktum beruht. Der Amerikaner schlägt nur lächele Ruhe und überlegene Zurückhaltung. Er hält es nicht für männlich, viel zu sprechen; er fordert aber allerding, daß ein jeder seinen Standpunkt energisch geltend mache. Dies soll jedoch seiner Auffassung nach nur dann gelingen, wenn es wirklich nötigt. Wer allzuviel spricht, bringt sich auch drüben schließlich um jede Wirkung... und darüber vielleicht noch mehr als hier. Der Panzer ist nur allzu geneigt, diese Art von offizieller Bedeutung als ein Reichen-

von Schwäche aufzufassen, und er schlägt nur die Kraft. Auch aus diesem Grunde wäre also dem Botschafter eine weise Ökonomie in der Benutzung seiner rednerischen Mittel wohl zu empfehlen.

Eindlich aber möchten wir dem Inhalt seiner letzten Rede, die uns herübergetragen worden ist, einige Worte widmen. Der Graf hat das deutsche Lied gefeiert und ausgeführt, es habe wichtig für die Einigung Deutschlands gewirkt. Jetzt werde im Ausland viel Unken über deutsche Expansionsbestrebungen geredet. Das Gebiet aber, wo wirklich deutsche Kultur die Welt eroberte, sei die Welt. Auch diese gut gemeinten Ausführungen scheinen und nicht allzu glücklich. Wir werden, wenn wir immer wieder versichern, daß wir politisch konserviert seien und daß wir lediglich moralische und künstlerische Erwerbungen beabsichtigen, schließlich nur der Deutschen geziichtet werden. Denn die anderen Nationen weisen mit einem Schein des Rechts darauf hin, daß wir zu dem mächtigsten Heere der Welt noch eine Macht begründen, die auf den zweiten Platz Anspruch erhebt. Sie glauben es einfach nicht, daß wir nur an die Verteidigung unserer Küsten, unseres Handels und unserer Kolonien denken, und sie sagen sich, daß ein Volk, das in schwersten Finanznoten umwunden den Ausbau seiner militärischen Macht fördert, ganz sicher weitreichende, politische Pläne hegeln muß. Wenn nun der Vertreter des mächtigen Deutschen Reichs so spricht, wie der Poet in Schillers Gedicht, der zu spät kam, die Welt weggegeben sah und mit dem Göttewort in seinem Himmel leben wollte, so werden seine Darlegungen den Amerikanern schwerlich glaubwürdig erscheinen. Wir möchten also als Fazit unserer Betrachtungen dem Grafen Bernstorff bei aller Anerkennung seiner Betriebsamkeit doch anhören, sich etwas mehr zurückzuhalten und in seinen öffentlichen Reden nur die tücke Sprache der Tatsachen zu sprechen, die aller Erfahrung nach drüben steis am besten wirkt. Wenn er sich nur von Zeit zu Zeit vernimmt läßt, so werden seine Ausführungen einen ganz anderen Widerhall finden, eine ganz andere Autorität gewinnen.

Zur Lage.

Nach der Abstimmung.

Aus nationalsozialistischen Reichstagskreisen schreibt man uns:
Die Lage ist vorwärts, als je zuvor. Kein Mensch weiß, was die Regierung zu tun gedenkt. Es verlautet, der Kaiser habe die Entlassung des Kanzlers abgelehnt, ihm aber anderes gegeben, im Einverständnis mit dem Kanzler zu einer neuen Zeitung des Reichstags aufzuführen. Eine Befürchtung des Staatswirtschaftsgerichts war bisher ebensowenig möglich wie des andern Gerichts, daß sich der Kaiser und der Kanzler in Privatsprüchen auf schärfste gegen eine Erneuerung der Zentrumsherrschaft ausgetragen hätten.

Die Konservativen haben antheilnehmend die Abstimmung nicht gehabt, das Gelehrte in zweiter Lesung völlig zu graben. Den Beweis hat man darin zu erkennen, daß bei den Abstimmungen über nebenstehende Paragraphen mehrere Konservative sich mit auf die Seite stellten, vermutlich um einige Paragraphen und damit die dritte Lesung zu retten. Diese Hoffnung blieb aber fehl, da die Sozialdemokraten nach der Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen so sich an der Abstimmung überwaupt nicht mehr beteiligten und die Mehrheit insgesamt auf konservativ-liberaler Seite blieb.

Die Nationalliberalen haben die Ansicht, daß ein Teil

der Schuld an diesem Ergebnis auch in der mangelhaften Verbindung zwischen dem Kanzler und den konservativen Parteien liegt. Anscheinend hat der Kanzler nicht die großen Kraftmittel angewandt, die ihm gegenüber diesen Leuten zur Verfügung stehen. Const hätte er wenigstens bei den Konservativen einen Brationszaug erzielen müssen. Man rechnet nun mit drei oder vier Wahlgemeinden: 1) mit der Entlassung des Kanzlers. Daß Fürst Bülow nicht mit dem Zentrum arbeiten kann, bedarf keiner weiteren Begründung; 2) die sofortige Auflösung des Reichstags; 3) die Schließung des Reichstags und die Einbringung einer neuen Reichsfinanzreform im Herbst durch einen neuen Schatzkanzler.

Die Schließung des Reichstags und die Einbringung einer neuen Reichsfinanzreform im Herbst durch einen neuen Schatzkanzler. Es verlautet ferner, daß von der Regierung verucht wird, einen neuen Gesetzentwurf nach Bentlerschem Rezept — Geschäftsteuer für das mobile Kapital, Betriebsabgabebesteuer für das immobile Kapital — vorzulegen. Es ist indes kaum anzunehmen, daß die Konservativen dafür zu haben sind, denn sie befürchten das Prinzip der Geschäftsteuer.

Die Nationalliberalen werden in der dritten Lesung gegen

sämtliche Steuern stimmen, weil die Befürchtung für eine

Annahme der Steuer, nämlich der Geschäftsteuer, gefallen ist. Aus

allen Gegenden des Deutschen Reichs erwähnt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion Zustimmungserklärungen. Man kann

gerne hoffen, daß in diesen Tagen die Anhänger

watt der Nationalliberalen sich um Haubertausende vermehrt haben. Aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern kommen

dringende Rufe nach Organisation durch die nationalliberalen Partei.

Es scheint dort ein wahrer Hirscher nach Liberalismus zu hetzen.

Denfalls ist die Lage der nationalliberalen Partei in der Gegenwart

besser als je zuvor.

Eine „Größnung“ des Reichskanzlers.

Wie das Wolfsche Bureau erfahren, wurde der konservativen Fraktion im Auftrage des Reichskanzlers eröffnet, daß die Konservativen steuer, die Währungsunionsteuer und der Kohlenausfuhrzoll unannehmbar seien, weil sie Handel und Gewerbe schädigen, die Industrie unerträglich belasten und unsere gesamte wirtschaftliche Stellung verschlechtern würden. Die Parisermerietester habe unabwendbare Bedenken gegen sich. Hinzu steht der Wettbewerbersteuer wurde auf die ausführlichen letzten Erklärungen des Reichskanzlers hingewiesen. — Wie können nicht finden, daß durch diese Eröffnung die Lage auch nur im geringsten irgendwie geändert worden wäre.

Fürst Bülow

tritt nach zuverlässiger Information jetzt nicht zurück, sondern will versuchen, bis zur dritten Lesung die Konservativen und Währungsunionsteuer sowie den Kohlenausfuhrzoll zu beseitigen. Der erste Schritt dazu ist ja durch die oben abgedruckte „Größnung“ unternommen worden. Am Freitagabend reiste der Kanzler zum Vortrag beim Kaiser nach Kiel.

Nach der amtlichen Abstimmungsliste

stimmen am Donnerstag für die Geschäftsteuer Konservativen, Konservativen Vereinigung, Reformpartei, National-

liberale, Freisinnige, Sozialdemokraten; dagegen Konservative, Zentrum, Sozialdemokraten mit folgenden Ausnahmen:

Von den Konservativen stimmten dafür: Pauli-Borsig, Fürst Hohenlohe-Debringen, Wagner, Giese, Arnold, v. Rappbühl (6);

Von der Reichspartei stimmten dagegen: Barenboim, v. Dernleben, Dörfler (Dörfler hat dafür gestimmt).

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung dagegen: Vogt-Craibheim, Vogt-Hall, Küller, Binswanger, Liebermann v. Sonnenberg;

Von der Reformpartei Köhler dagegen (Werner hat dafür gestimmt).

Von den Nationalliberalen stimmte Lehmann-Jena, der am gleichen Tage aus der Fraktion ausschied, dafür.

Die Elsäss-Lothringer stimmten mit dem Zentrum, Dr. Großwörle entzweit sich der Stimme.

Es fehlten bei der Abstimmung (entschuldigt oder unentschuldigt): Bebel (Soz.), Weiß (Kons., franz.), König (Kons.), Hoos (Rat), Frank., Hrb. Hevl. in Herrnheim (Rat), Dr. Opfergelt (Btr., franz.), Graf Orla (Rat), Verz. (Bild.), Graf Radziwill (Bild.), Stadtbaen (Zsr.), Graf Stolberg-Wernigerode (b. l. S., franz.), de Wendel (Bild.), Zimmermann (Rhein., franz.).

Im ganzen fehlten 13. 4 Mandate sind erledigt. Von den fehlenden waren 8 gegen, 5 freude der Erbansalsteuer.

Keine Vertagung bis zum Herbst.

Die an mehreren Stellen aufgetauchte Vermutung, daß man in Kreisen der Regierung sich mit der Absicht trage, die Erleichterung der Reichsfinanzreform bis zum Herbst zu vertagen, wird auf Erkundigung an gutunterrichteter Stelle als unzutreffend bezeichnet. Der Reichskanzler wie auch die verbündeten Regierungen wünschen vielleicht, ohne weitere Verzögerung die Finanzreform, die das Reich nicht länger ertragen kann, zu erledigen und zwar unter Verhältnis der Handel, Industrie und Gewerbe schädigenden Steuerprojekte.

Kombinationen.

Unter den Kombinationen, die in deutschen Reichstagskreisen bereits über die Regelung bei einem event. Rücktritt des Fürst Bülow zirkulieren, ermittelt der Berliner Korrespondent des „Polit. Barometers“ auf Grund von periodischen Informationen folgendes: Graf Wedel soll Reichskanzler werden, Fürst Radolin sein Nachfolger in den Reichslanden, Staatssekretär v. Schön wird Botschafter in Paris und als Staatssekretär des Außenr. v. Kieberlen-Wächter andersehnen. — Wenn die Höhe sehr stark wäre, würden wir uns diese Kombinationen zu erklären.

Nationalliberalismus und Freisinn.

In den parlamentarischen Kreisen der bürgerlichen Linken beschränkt man sich bei der Beurteilung der getätigten Vergangenheit auf die negative Feststellung der eingetretenen Kündigung (?) der Lage. Die Verantwortung ist von den Schultern der Linken genommen und ruht auf der neuen Mehrheit, daneben auch noch der Regierung. Doch enthält sie einseitig jeder Kritik ihres Verhaltens, die sich als verfehlt herausstellen könnte. Das Hauptgewicht wird auf die Einigkeit des Liberalismus gelegt. Nationalliberale und Freisinn werden auch scheinbar in einer Linie stehen. Sie werden sich ihrem vorher verkündigten Entschluß gemäß zu den gesamten indirekten Steuern ablehnend verhalten, nicht jedoch ohne vorher an ihrer Verbesserung nach Kräften mitgewirkt zu haben. Diese Taktik gilt für die Braunkohle, die Tabaksteuer und die Branntweinstuer. Bei den von der Regierung erklungenen Erhöhungen, Körpermittel, Körnersteuer, Währungssteuer, Mählensumsteuer und Kohlenausfuhrzoll wird die Linke sich auf scharfe Erklärungen ihres Widerstands befrüchten. Für den von der nationalliberalen Fraktion eingebrachten Abänderungsantrag, der die Besteuerung der Dividenden und die Einführung einer Kapitalsteuer vorschlägt, werden aller Voraussicht nach auch die Freisinnigen eintreten.

Die sächsischen Konservativen und die neue Lage.

Die „Sächs. Pol. Nachricht.“, die konservative Korrespondenz für das Königreich Sachsen, veröffentlichten folgenden Aufsatz, unter der Überschrift: „Ueberzeugung — nicht Takt!“

Der Korrespondent des „Bundes der Landwirte“ schreibt in ihrer Nummer 4, daß besonders der Stellungnahme der sächsischen Konservativen zur Erbansalsteuer vielleicht die Unrichtigkeit laut geworden sei, die Landt halte dazu dienen, abwehrend auf die liberalen Angriffe des den bevorstehenden Landtagswahlkampfes in Sachsen zu wirken. Wir wollen weitergehen wiederholen, daß es sich für die sächsischen Konservativen in dieser Angelegenheit um eine isol. Taktik gegen die Linken handelt.

Die sächsischen Konservativen sind wiederholt hervorgehoben Kaufladen nicht so verdammt wie die Linken, die sächsischen Konservativen werden daher — in Übereinstimmung mit unseren sächsischen Parteibrüdern — für die Erbansalsteuer eintreten.